

Lagebild GewaPol vs. Polizeigewalt

Leitspruch des Monats

„Ohne Vorbehalt
und ohne Sorgen,
lege ich meinen Tag
in Deine Hand.“

Sei mein Heute,
sei mein Morgen,
sei mein Gestern,
das ich überwand.“

Wort von Edith Stein



www.cpv-online.org
info@cpv-online.org
CPV, Goethestr. 29
72474 Winterlingen
Tel.: 07434.91100

Inhalt

- 2 Bayerischer Verdienstorden für Berend Jochem
Neues Vorteilsheft
- 3 „Gaffer – shame on you“
- 4 Virtual Reality
Tattoos
- 5 Basis trifft Politik
- 6 Generation 60+
- 7 Neue Uniform
- 8 Aus den
Untergliederungen
- 12 „political correctness“

Impressum:

Redaktionsleitung:
Michael Hinrichsen (v. i. S. d. P.)
Telefon 0171.8514714

Fotos: DPoIG

Landesgeschäftsstelle:
Orleansstraße 4
81669 München

Telefon: 089.5527949-0
Fax: 089.5527949-25

E-Mail: info@dpolg-bayern.de
Internet: www.dpolg-bayern.de
ISSN: 0723-2209

Welchen Stand hat die Polizei in der Gesellschaft? Was ist der/die einzelne Polizeibeamte/-in wert? Wie kann man dem Phänomen GewaPol sinnvoll und konsequent begegnen? Mit all diesen Fragen befassen wir uns als DPoIG Bayern und suchen nach Lösungen, auch gemeinsam mit der Politik.

Allein die jährliche Vorstellung der Lagebilder GewaPol mit Verzeichnung einer massiven Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte/Einsatzkräfte kann nicht die Lösung sein. In der subjektiven Wahrnehmung der Kolleg(inn)en bleiben Konsequenzen aus.

Die Zahlen aus 2018 für Bayern sprechen hier eine eindeutige Sprache und zeichnen eine düstere Entwicklung. 7 689 Fälle (+ 4,85 Prozent gegenüber 2017) von physischer oder psychischer Gewalt gegen 17 367 Polizeibeamte/-innen (+ 5,1 Prozent gegenüber 2017) mit insgesamt 6 563 Tatverdächtigen (+ 7,5 Prozent gegenüber 2017), wobei 2 566 Kolleg(inn)en verletzt wurden (+ 9,7 Prozent gegenüber 2017), bei insgesamt elf versuchten Tötungsdelikten. 66,5 Prozent der Tatverdächtigen stehen unter Alkohol- oder Drogeneinfluss.

Die Taten nehmen teilweise sehr skurrile Formen an. Begehungsformen, mit denen früher nicht zu rechnen war. Zum Beispiel wurde mittlerweile mehrfach versucht, Kolleg(inn)en im Einsatz durch gezielte Griffe den Augapfel zu zerquetschen und somit das Augenlicht zu nehmen. Wie bereitet man sich auf einen solchen Angriff vor? War das bislang denkbar? Messerangriffe haben auch deutlich zugenommen, weshalb wir als DPoIG Bayern ein eigenes Lagebild für Messerangriffe fordern.

Eines muss klar sein und vonseiten aller politischen Gruppierungen herausgestellt werden. Ein Angriff gegen eine/-n Polizeibeamte/-in bedeutet auch immer einen Angriff auf den Staat. Dieser Angriff muss rechtlich entsprechend gewürdigt und mit angemessener Härte bestraft werden, wobei die Verfahren schneller abzuwickeln die vorhandenen Strafrahmen konsequenter auszureizen sind.

Zeitgleich sieht sich die Polizei einer merkwürdig anmutenden und möglicherweise gezielt angesetzten Diskussion um Polizeigewalt in Deutschland ausgesetzt. Ausgehend von einer noch nicht einmal veröffentlichten Studie der Uni Bochum um den Kriminologen Tobias Singelstein. Laut der Studie gibt es deutschlandweit jährlich zwischen 2 000 und 2 500 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte – so weit, so gut. Aber aufgrund einer Online-Befragung bei circa 1 000 Betroffenen leiten die Forscher eine Dunkelziffer von über 10 000 Fällen ab – auf welcher Grundlage?

Zufall oder gezielte Agitation? Dass diese „Studie“ ausgerechnet jetzt Ende Juli thematisiert wurde – zur gleichen Zeit als Bundes- und Landeslagebilder GewaPol erscheinen – lässt den Schluss zu, dass von diversen gesellschaftlichen Strömungen das Phänomen Gewalt gegen Polizeibeamte verharmlost und vielmehr der Staat als Polizeistaat = Gewaltstaat dargestellt werden soll. Auch wird der Eindruck von „Klüngelerei“ zwischen Polizei und Justiz vermittelt durch die Darstellung, dass „nur“ zwei Prozent der Ermittlungsfälle vor Gericht verhandelt würden.

Als DPoIG Bayern stellen wir uns hier ganz klar vor unsere Kolleg(inn)en und stärken ihnen



Thorsten Grimm

den Rücken (auch der Justiz) bei immer weiter wachsenden Aufgaben und Herausforderungen. Dabei liefern sie eine ganz hervorragende und professionelle Performance ab.

Pauschalen Vorverurteilungen unserer Polizeibeamt(inn)en erteilen wir eine klare Absage und lassen es nicht zu, dass diese auf eine solche Art „durch den Dreck gezogen werden“.

Es soll hier nichts verharmlost werden. Es gibt Vorfälle, bei denen Kollegen schlichtweg rechtswidrig gehandelt haben. Diese Fälle müssen aufgearbeitet und entsprechend sanktioniert werden, auch zum Schutz der Polizei insgesamt. Hier vertreten wir als DPoIG Bayern schon die Auffassung, dass Polizeigewalt in unseren Reihen nichts zu suchen hat. Dennoch sind Vorverurteilungen während laufender Verfahren zu unterlassen, da auch für die Polizei die Unschuldsumutung bis zu einem rechtskräftigen Urteil gilt.

Es bleibt die Ausgangsfrage – welchen Stand hat die Polizei in der Gesellschaft? Die Studie der Uni Bochum trägt keinesfalls zur Stärkung der Polizei bei – im Gegenteil, sie wird in ein zwiespältiges Licht gerückt. Dagegen stehen die Lagebilder GewaPol – fundiert, mit Fakten belegt und glaubwürdig. ■



Berend Jochem jetzt im „exklusivsten Club Bayerns“



© Bayerische Staatskanzlei (2)

Nur 2000 lebende Personen dürfen Träger sein. Der Mitbegründer und Vorsitzende der Stiftung der **DPoIG** ist nun einer von ihnen. Berend Jochem ist von Ministerpräsident Markus Söder mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden. Im prunkvollen Antiquarium in der Residenz in München ist er zusammen mit 57 anderen Mitbürgern, darunter unter anderem Persönlichkeiten wie Monika Gruber, Lisa Fitz, Elke Sommer, Günter Sigl, Andreas Köpke, Stefan Reuter



oder Marcus H. Rosenmüller, in den „exklusivsten Club Bayerns“ (Zitat Söder) aufgenommen worden.

Die **DPoIG** gratuliert zu dieser längst überfälligen Auszeichnung und dankt Berend Jochem für seinen unermüdlischen Einsatz für die Stiftung. Ein Video zur Verleihung gibt es auf unserem Youtube-Kanal **DPoIG TV**.

Neues Vorteilsheft für **DPoIG**-Mitglieder

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die wichtigsten (geldwerten) Informationen durch eine Mitgliedschaft in der **DPoIG** Bayern haben wir in unserem neuen „Vorteilsheft“ zusammengefasst.

Das Vorteilsheft ist auf der **DPoIG**-Homepage eingestellt: https://www.dpolg-bayern.de/fileadmin/user_upload/dpolg-bayern.de/Aktuelles/2019/DPoIG_Vorteilsheft_0719.pdf

Aktualisierungen beziehungsweise neue Angebote werden wir dort jeweils zeitnah einstellen.



© DPoIG Bayern (2)



Meine Vorteile als DPoIG-Mitglied

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

die **DPoIG** ist mit über **20.000 Mitgliedern** eine starke Gewerkschaft in Bayern. Sie tritt in erster Linie für die beruflichen Belange der Polizeibeschäftigten ein und ist auch in den Personalvertretungen maßgeblich vertreten.

DARÜBER HINAUS bieten wir unseren Mitgliedern noch viel mehr:

- Konkurrenzlos **günstige Mitgliedsbeiträge**
- **Abdeckung der Risiken** des Polizeiberufes, insbesondere durch Rechtsschutz und eine Diensthaftpflicht-Regress-Versicherung
- **Günstige Einkaufsmöglichkeiten**, beispielsweise bei Kfz und Mobilfunk
- **Attraktive Angebote** von seriösen Finanzdienstleistern aus der Banken- und Versicherungsbranche

Eine Mitgliedschaft in der **DPoIG** ist also aus vielen Gründen von Vorteil. Die wichtigsten geldwerten Informationen rund um die **DPoIG**-Mitgliedschaft haben wir in diesem „Vorteilsheft“ für euch zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Nachtigall
Rainer Nachtigall
Landesvorsitzender

Mehr Infos unter: www.dpolg-bayern.de/verguenstigungen

„Gaffer – shame on you“ auf allen Kanälen

Stefan Pfeiffer, Mitglied der **DPoIG**-Verkehrskommission, und **DPoIG**-Landesvorsitzender Rainer Nachtigall haben am 29. Juli der Presse unseren „Gaffer-Aufkleber“ vorgestellt.

Beim Termin in der Landesgeschäftsstelle anwesend: die BR-Abendschau und münchen.tv jeweils mit einem TV-Team, dazu Merkur/TZ und die Abendzeitung. Radio Arabella und der BR hatten zeitgleich bereits vorgefertigte Artikel auf ihren Facebookseiten veröffentlicht.

Unsere Pressemeldung dazu wurde unter anderem von

„auto, motor, sport“ und „onetz“ (Oberpfalz) online aufgegriffen.

Das große Interesse und vor allem der Zuspruch zu dieser Aktion spiegelte sich auch auf unseren eigenen Kanälen wie Facebook und Instagram wider.

Ihr wollt auch einen Aufkleber? Adressierten und frankierten Rückumschlag an **DPoIG** Bayern, Betreff: Aufkleber, Orleansstraße 4, 81669 München, schicken. Kurze Notiz dazu, wie viele Aufkleber ihr möchtet. ■



© DPoIG Bayern

Innenminister Herrmann greift **DPoIG**-Gaffer-Initiative auf!

Die **DPoIG** fordert ein härteres Vorgehen gegen filmende und fotografierende Gaffer an Unglücksstellen. Dabei setzen wir uns sowohl für repressive als auch präventive Maßnahmen ein.

Neben der Forderung nach einer Novellierung des § 201 a StGB durch den Bundestag haben wir zusätzlich und sehr medienwirksam die Aufkleber-Aktion „Gaffer – shame on you“ gestartet.

Gleichzeitig haben wir in einem Schreiben Innenminister Joachim Herrmann vorgeschlagen, zur weiteren Sensibilisierung von Verkehrsteilnehmern beim Deutschen Verkehrssicherheitsrat eine Verkehrssicherheitskampagne „Handy weg – kein Gaffen bei Unfällen“ auf Plakaten an Bundesautobahnen und -straßen zu initiieren.

„Der Einsatz von Plakaten zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer zum Thema „Gaffen“ ist eine geeignete Option, um auf das Thema aufmerksam zu machen.

Ich werde mich daher beim Deutschen Verkehrssicher-

heitsrat um eine entsprechende Kampagne bemühen, die schnell und leicht verständlich für alle Verkehrsteilnehmer die dahinter gerichtete Botschaft zur Vermeidung der Gaffer-Problematik umsetzt: „Handy weg – kein Gaffen bei Unfällen“, so Innenminister

Herrmann in seinem Antwortschreiben an die **DPoIG**.

Jetzt bleibt abzuwarten, ob auch die Bundespolitik entsprechend sensibel auf das Thema reagiert und wie lange eine eventuelle Umsetzung dauern wird.



© DPoIG Bayern



Nutzung von Virtual Reality beim Polizeilichen Einsatztraining

Im Juni 2019 hatte sich die **DPoIG** mit einem Schreiben an Innenminister Joachim Herrmann gewandt und ihn gebeten, die Nutzung neuer technischer Hilfsmittel aus dem Bereich Virtual Reality auch für das Polizeiliche Einsatztraining zu prüfen.

In seiner Antwort teilt der Minister mit, dass der mit großer Geschwindigkeit fortschreitende Digitalisierungsprozess vor den Toren der bayerischen Polizei nicht Halt macht. So ist auch das Thema Virtual Reality (VR) bereits im Fokus der bayerischen Polizei.

Die IuK-Koordinierungsstelle der bayerischen Polizei ist bereits beauftragt, bis Herbst dieses Jahres Anwendungsfelder herauszuarbeiten, geeignete Produkte hierfür zu ermitteln und dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration eine Empfehlung zu unterbreiten.

Im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung der Einsatzmöglichkeiten, darunter auch das Polizeiliche Einsatztraining, wird seitens unserer Polizei eine intensive Marktschau nach entsprechenden Produkten betrieben. Auch steht das Innenministerium regelmäßig im Austausch mit den Polizeien anderer Länder.

Beispielsweise stellte die Polizei Rheinland-Pfalz eine Simulationssoftware der Firma XVR vor. Die Polizei Rheinland-Pfalz nutzt dieses Produkt für das Training polizeilicher Einsatzsituationen in virtueller Umgebung in der Aus- und Fortbildung.

Auch der Bereich Augmented Reality (AR), bei der der Nutzer

durch Ergänzungen des realen Bildes mit Informationen aus der digitalen, virtuellen Welt profitiert, kommt grundsätzlich für vielfältige Anwendungsfelder infrage.

Innenminister Herrmann spricht hier unter anderem die Sprach- und Bilderkennung, individuelles Kartenmaterial, Wetterdaten, Lexikoneinträge, Fahndungs- und Personendaten sowie die Möglichkeit der virtuellen Tatortbegehung an. So könnten durch AR-Brillen zum Beispiel im Rahmen eines Fußballspieles bekannte Randalierer und Hooligans für Polizeikräfte sichtbar werden.

Polizeiliche Befugnisnormen, Aspekte der IT-Sicherheit, des Datenschutzes, der Gebrauchs- und Einsatztauglichkeit unter realen Bedingungen und nicht zuletzt auch der Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu anderen einsatzunterstützenden Techniken wären vor einem möglichen Einsatz im Detail zu betrachten.

Der Innenminister weist aber auch darauf hin, dass gerade die Effektivität des Polizeilichen Einsatztrainings von einer gewissen Realitätsnähe abhängt. Ein „haptisches“ Feedback für den Trainierenden ist daher unabdingbar. Der Körperkontakt mit dem polizeilichen Gegenüber, das Einrammen einer Haustür oder die Lagebewältigung unter der „Last“ der ballistischen Schutzausstattung müssen geübt und erlebbar bleiben.

Daher wäre ein System ideal, das kompatibel mit unseren Führungs- und Einsatzmitteln ist.

Ein solches System, das ein ganzheitliches Training ermöglichen würde, existiert allerdings bislang nicht auf dem Markt. Trotz des unbestrittenen zusätzlichen didaktischen Gewinns von VR-Technologie für das Polizeiliche Einsatztraining, kann es das klassische Training nicht ersetzen.

Laut Minister Herrmann ist die bayerische Polizei fortlaufend in einem Innovationsprozess und stetig sehr aktiv, neue Technologien für die verschiedenen Bereiche der Polizeiarbeit zu erschließen.



© DPoIG Bayern

Abschließend ist Herrmann der Ansicht, dass in der VR-Technologie enormes Potenzial liegt, das Polizeiliche Einsatztraining sowie auch andere Aufgabenfelder der bayerischen Polizei gewinnbringend zu ergänzen.

Es bleibt spannend ...

Tattoos

BVerwG lässt Revision zu

Dürfen sich bayerische Polizeibeamtinnen/Polizeibeamte an sichtbaren Körperstellen tätowieren lassen? Diese Frage beschäftigt nicht nur zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, sondern auch Gerichte.

Ein Beamter der bayerischen Polizei hat einen entsprechenden Antrag beim Dienstherrn gestellt. Dieser wurde abgelehnt. Daraufhin klagte der Beamte beim VG Ansbach und verlor. In

zweiter Instanz entschied sich auch der Bayerischen Verwaltungsgerichtshof gegen sichtbare Tätowierungen.

Jetzt geht das Verfahren in die nächste Runde. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Beschluss vom 29. Juli 2019 die Revision des Beamten wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen. Die abschließende Entscheidung des BVerwG wird bundesweite Klarheit bringen.



© DPoIG Bayern



© DPoIG Bayern

> Toni Kotz, Barbara Brechtelsbauer, Martin Ehler, BM Scheuer, Kirsten Lühmann, Stefan Pfeiffer, Gerd Grad (von links)

Basis trifft Politik

Bayerische Autobahnpolizisten treffen Andreas Scheuer

Auf Initiative der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag und Mitglied der **DPoIG**, Kirsten Lühmann, waren Anfang Juni eine Autobahnpolizistin und vier Autobahnpolizisten der VPI Feucht (Bayern) zu Gast bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) in Berlin.

Die Polizeipraktiker erläuterten dem Minister das Einsparungspotenzial von Personalressourcen und die damit verbundene Möglichkeit der Steigerung der Verkehrssicherheit bei Einführung der Halterhaftung für den fließenden Verkehr. Die Vertreter des Verkehrsministeriums äußerten gegen die Halterhaftung verfassungsrechtliche Bedenken, zeigten sich aber offen für den Alternativvorschlag, die Kostentragungspflicht des § 25 a StVG auch auf den fließenden Verkehr zu übertragen. Dies bei gleichzeitig zeitgemäßer Anpassung der dem Fahr-

zeughalter nach Verfahrenseinstellung in Rechnung zu stellender Gebühren und Auslagen. Der Bundesminister sicherte zu, diesen Vorschlag konkret prüfen zu lassen.

Erstaunt zeigte sich Scheuer darüber, dass die Enforcementrichtlinie nicht bundesweit einheitlich umgesetzt wird. Diese ermöglicht europaweit die nachträgliche Sanktionierung nichtinländischer Fahrzeugführer nach einer in Deutschland begangenen Verkehrsordnungswidrigkeit im schriftlichen Verfahren. Man war sich einig, dass dies zu Ungerechtigkeiten führt und der Verkehrssicherheit schadet. Scheuer will dieses Problem in den zuständigen politischen Gremien ansprechen und machte deutlich, dass die Umsetzung nicht an personellen Engpässen in einzelnen Verfolgungsbehörden scheitern darf.

Im Anschluss wurde die erfolgreich in Bayern praktizierte Schleierfahndung und der Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme an aktuellen Beispielen und deren positive Wirkung auf die Verkehrssicherheit unter Berücksichtigung des integrativen Ansatzes dargestellt. Scheuer führte dazu aus, dass es wünschenswert, aber schwierig ist, die notwendigen Rechtsgrundlagen in allen Bundesländern einzuführen. Er werde aber weiter alles ihm Mögliche tun, um dies zu erreichen.

Zum Abschluss stand das Thema Rettungsgasse auf der Agenda. Die Beamtin und Beamten lobten ausdrücklich, die Novellierung des § 323 c StGB beziehungsweise die deutliche Erhöhung der Sanktionshöhen bei Nichtbildung einer Rettungsgasse. Leider fehlt nach wie vor eine konkrete Sankti-

onsvorschrift in der StVO für das unberechtigte Befahren einer Rettungsgasse.

Zudem ist es aus Sicht der Autobahnpolizisten unbedingt notwendig, die Rettungsgassenvorschrift dahingehend zu ergänzen, dass bei stockendem Verkehr und Staubbildung Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 2,8 Tonnen, Gespanne und Kraftomnibusse ein Rechtsfahrgebot auferlegt bekommen, um anderen das Bilden der Rettungsgasse nicht von vornherein unmöglich zu machen.

Für alle Beteiligte war der Termin sehr wertvoll, zumal er durch eine angenehme Gesprächsatmosphäre und gegenseitig spürbare Wertschätzung geprägt war. Dies zeigte sich auch daran, dass aus geplanten 30 Minuten letztendlich ein einstündiges Gespräch wurde. ■



Generation 60+

Sitzung der DPolG-Landes-seniorenvertretung

Die bereits dritte Sitzung nach dem Landeskongress fand in der Landesgeschäftsstelle in München unter Vorsitz des Landesseniorenbeauftragten Sigggi Stich statt. Anwesend waren fast alle Beauftragte der einzelnen Bezirksverbände und der Tarifbeschäftigten.

Der Leitfaden für eine aktive Seniorenarbeit wurde wiederholt behandelt und soll auch an die Kreisverbände weitergegeben werden. Die Tarifthemen „Erstmaliger Bezug einer Altersrente durch Mütterrente“ und „Auswirkungen von Kindererziehungszeiten auf die Rente“ wurden besprochen und sollen im POLIZEISPIEGEL veröffentlicht werden.

Das 17. Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand findet im September 2019 statt. Auch

im nächsten Jahr wird es im März und September weitere Seminare geben. Die bisherigen Seminare waren immer restlos ausgebucht und kamen bei den Teilnehmern sehr gut an.

Stich hat bereits seit mehreren Jahren einen Senioren-E-Mail-Verteiler und verschickt wöchentlich Informationen. Er nimmt gerne noch weiterhin Anmeldungen entgegen.

Die bisher vier erstellten Flyer „Eintritt in den Ruhestand für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „Checklisten für den Sterbefall Beamte und Tarifbeschäftigte“ wurden in den letzten Monaten überarbeitet und völlig neu gestaltet. Sie können wie bisher bei der Landesgeschäftsstelle in München angefordert werden.



In mehreren Ausgaben des POLIZEISPIEGELS erschienen Beiträge zum Beispiel zum Landespflegegeld und Minijobs – Rente und Hinzuverdienst.

Erneut wurde an den Notfallordner erinnert, der gerade überarbeitet wird und danach über den dbb bund bezogen werden kann.

Die Berichte über die Aktivitäten in den einzelnen Bezirks-

verbänden wurden mit Interesse verfolgt und diskutiert.

Die vielen Vorteile, die unsere Mitglieder auch im Ruhestand noch genießen können, wurden erarbeitet und werden demnächst im POLIZEISPIEGEL dargestellt.

Die nächste Sitzung des Gremiums findet am 16. Oktober 2019 statt.

Portal „Mitarbeiterservice Bayern“ (MSB)

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hat in einem Schreiben an den HPR über die (noch weitgehend unbekannt) Möglichkeiten des Portals „Mitarbeiterservice Bayern“ (MSB) als Teil der Digitalisierungsstrategie der Bayerischen Staatsregierung als den Einstiegspunkt für unsere Kolleginnen und Kollegen informiert.

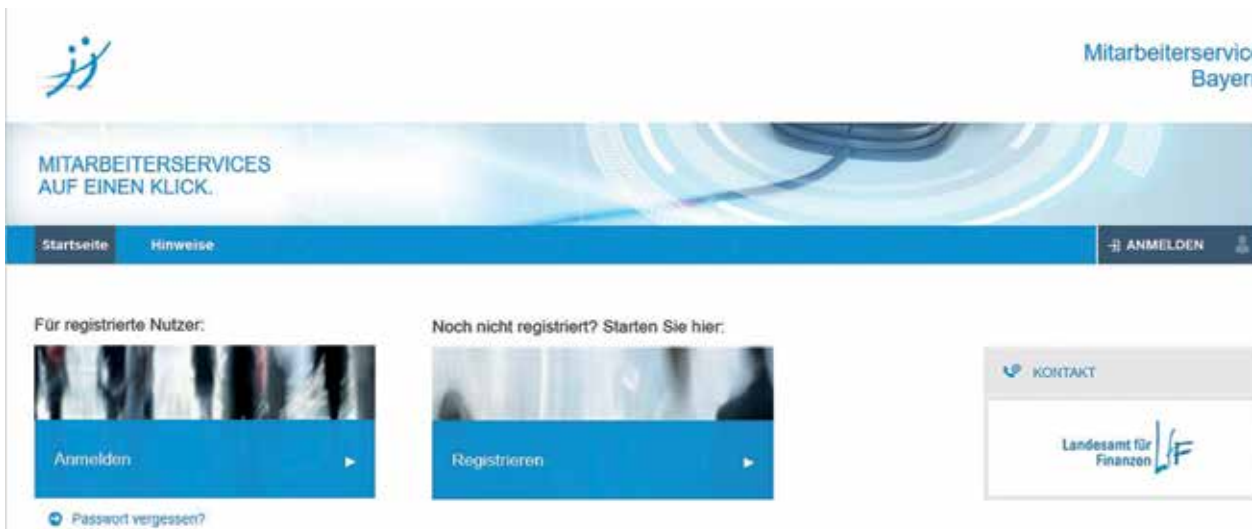
Aktuell werden drei Online-Dienste über das Portal zur Verfügung gestellt:

- > **Digitaler Ordner** (Elektronischer Empfang von Verwaltungsakten, Bezugsmittelungen und Steuerbescheidigungen),
- > **Reisemanagement** (BayRMS; Stellen von Reiseanträgen und Reisekostenabrechnung) und

- > **BeihilfeOnline** (Beihilfeantrag online ausfüllen und versenden; elektronische Zustellung des Beihilfebescheids).

Das Finanzministerium geht davon aus, dass vielen Beschäftigten die Möglichkeiten und Vorteile des Portals nicht bekannt sind. Deshalb werden in dem Schreiben einige Beispiele aufgezeigt:

- > Umgehende Information per E-Mail, wenn neue Nachrichten im Portal Mitarbeiterservice Bayern verfügbar sind (zum Beispiel Bezugsmittelungen, Jahressteuerbescheidigungen, Beihilfebescheide).
- > Sowohl über das Internet, und damit vom heimischen PC, als auch aus dem Behördennetz sicher zu erreichen.



- > Deutlich frühere Einsicht in die Bezügemitteilung, in der Regel ab dem 20. Kalendertag eines Monats.
- > Bei Nutzung der volligitalen Beihilfe (Antragstellung über BeihilfeOnline bis Verbe-

scheidung im Digitalen Ordner) deutlich schnellere Antragsbearbeitung und Überweisung der Beihilfe. Auch fallen keine Portokosten für die Beschäftigten mehr an und der Bearbei-

tungsstand kann jederzeit eingesehen werden.

- > Schrittweise Einbindung weiterer Funktionalitäten geplant.

Sehr gerne kommt der **DPoIG** der Bitte des Ministeriums

nach, unsere Kolleginnen und Kollegen aktiv an die Online-Dienste heranzuführen. Die Nutzung des Portals kann sicherlich sowohl für das Landesamt für Finanzen als auch für die Nutzer Vorteile bringen. ■

Dienstkleidung und Co. – DPoIG schreibt dem Innenminister!

Mit der eindringlichen Bitte, lange anstehende Probleme im Bereich der Dienstkleidung nun konsequent anzugehen, hat sich die **DPoIG** erneut an Innenminister Joachim Herrmann gewandt.

Die Nachfolgestelle der Bekleidungskommission hat auf der Ebene der sogenannten Nutzergruppe getagt. Über die allgemeine Kritik an der neuen Dienstkleidung hinaus, wurden dort keine der von der **DPoIG** in den letzten Monaten bereits angemeldeten Diskussionspunkte thematisiert.

Nicht diskutiert wurde in der Kommission demnach über:

- > bessere Qualitätssicherung,
- > Schaffung eines eigenen Logistikzentrums Bayern (LZB),
- > Poloshirts auch für die Schutzpolizei,
- > Stafflung des DKZ nach Arbeitszeitanteil,
- > Aktualisierung der bestehenden DKZ-Splittingtabelle.

In Sachen **Qualitätssicherung** haben wir bereits in früheren Schreiben unter anderem auf die Mängel bei der Verarbeitung von verschiedenen Uniformteilen, Defizite bei der Passform und Beschwerden über den Geruch der Neuware sowie auf Probleme bei der Logistik (Lieferengpässe, Lieferzeiten) hingewiesen.

Unsere Forderung nach der Schaffung eines eigenen **Logistikzentrums Bayern (LZB)** haben wir mehrmals thematisiert. Laut Zwischenantwort vom Februar 2019 nimmt die Beantwortung der Fragen noch Zeit in Anspruch.

Seit 2014 steht unsere Forderung nach der Einführung des **Poloshirts auch für die Schutzpolizei**. Nachdem bei der Vorauswahl im März 2014 kein geeignetes Modell zur Verfügung stand, hatten wir diese Forderung bis zum Ende des Rollouts

zurückgestellt. Mittlerweile hat Bayern ein allgemein akzeptiertes und hochwertiges Poloshirt entwickelt, welches auch schon verschiedenen Organisationseinheiten zur Verfügung steht. So sind jetzt bereits die geschlossenen Einheiten, die Diensthundeführer, Brandermittler und Angehörige der GGVS-Einheiten trageberechtigt.

Im Bereich der Versorgung mit Dienstkleidung und der Verwendung des vom Dienstherrn zur Verfügung gestellten **Dienstkleidungszuschusses (DKZ)** zeigen sich ungelöste Probleme.

So wird der DKZ zum Beispiel bei Inanspruchnahme von Familientagen und einer Reduzierung der Arbeitszeit von maximal 1:34 Stunden pro Woche immer auf 50 Prozent reduziert. Eine Stafflung des DKZ nach Arbeitszeitanteil

muss dringend diskutiert werden.

Eine Aktualisierung der bestehenden DKZ-Splittingtabelle wurde im August 2018 mit Schreiben an den Landespolizeipräsidenten angemahnt. Die Grundlagen für die bestehende Liste der Funktionen, die einem Splitting unterworfen werden, stammen aus den Jahren 1974 bis 1989 und sind nur auf eine zivile Tätigkeit ausgerichtet. Hier muss dringend eine Erweiterung der Splittingtabelle und eine Aufnahme neuer Auszahlungsberechtigter in diese Tabelle erarbeitet werden.

Dass diese wichtigen Themenbereiche nicht angesprochen wurden, verwundert sehr und führt zu weiteren Verzögerungen.

Im Interesse einer zeitnahen Umsetzung müssen diese Punkte endlich mit auf die Agenda genommen werden. ■



© DPoIG Bayern (4)



DPoIG-OBS-Angels beim Muddy Angels Run

Eine Laufstrecke von fünf Kilometern Länge, 15 spaßige Hindernisse, viel Wasser und Schlamm – all das erwartete das Team der **DPoIG-OBS-Angels** beim Muddy Angel Run in München. 14 Damen aus verschiedenen Dienststellen des PP Oberbayern Süd, verstärkt durch eine niederbayerische Kollegin sowie die Tochter einer Kollegin, nahmen an diesem Schlammlauf für Frauen teil.

Durch kalte Wasserbecken, Reifenstapeln, über Kletterwände, durch Schaum sowie robbend durch Schlammbecken, die Damen im Alter zwischen 17 und

54 Jahren meisterten mit viel Spaß und Freunde alle Hindernisse und kamen in knapp einer Stunde zwar ziemlich nass und dreckig, dafür glücklich und stolz im Ziel an. Spaß im Team und die Bewegung standen bei der Teilnahme natürlich neben dem karitativen Zweck, der Aufklärung und Unterstützung von Organisationen, die sich gegen Brustkrebs engagieren, im Vordergrund.

Die **DPoIG-OBS-Angels** werden auch nächstes Jahr wieder an den Start gehen und vielleicht wird das Team ja noch durch den ein oder anderen neuen Engel verstärkt. ■



1. Beachvolleyball-Turnier des KV Landshut

Der Kreisverband Landshut veranstaltete am Montag, dem 8. Juli 2019, bei optimalen Wetter- und Platzverhältnissen sein erstes Beachvolleyball-Turnier auf dem Platz des TV Dingolfing. Zahlreiche Unterstützer der **DPoIG** KV Landshut waren bei den Vorbereitungen und beim Aufbau mit vollem Eifer dabei.

Die motivierten Mannschaften aus den verschiedenen Dienststellen des Kreisverbandes Landshut lieferten sich über mehrere Stunden spannende Spiele, bei denen um jeden

Ball hart aber fair gekämpft wurde.

Während der Spielpausen konnten sich die Teilnehmer mit Grillwürstchen und Getränken stärken, ehe am Abend die Sieger durch den KV-Vorsitzenden Bartholomäus Maierhofer und dem Mitorganisator Jan Pache geehrt wurden.

Platz 1 erreichte die Mannschaft der KPI Landshut, Platz 2 belegte die Dienstgruppe der PI Dingolfing und Platz 3 die Ermittlungsbeamten der PI Dingolfing.



© DPoIG Bayern

> Siegermannschaft mit dem KV-Vorsitzenden Bartholomäus Maierhofer (links) und den Organisatoren Jan Pache (vorne rechts) und Xaver Birgmeier (hinten Dritter von links)

Benefiz-Triathlon in Kolbermoor

Magdalena Neuner zusammen mit der **DPoIG**

Am 19. Juli 2019 machte sich eine Delegation der **DPoIG** Unterfranken auf nach Lenggries/Fall zum Sitz der Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft. Grund war die Teilnahme bei dem am 20. Juli 2019 stattfindenden Benefiz-Triathlon in Kolbermoor, bei dem wir auf Einladung von Magdalena Neuner mit einer Mannschaft für die **DPoIG**-Stiftung teilnehmen durften.

Geschwommen, geradelt und gelaufen wurde für die Björn-Schulz-Stiftung und das Projekt

des Irmengard-Hofes, dessen Schirmherrin Magdalena Neuner ist. Hier werden Kindern mit lebensverkürzenden Krankheiten sowie deren Familien schöne gemeinsame Zeiten ermöglicht, um die schwierigen Alltagssituationen und vielen Ängste besser bewältigen zu können. Die Begleitung der Kinder und Familien erfolgt oftmals bis zum Tod – das ist ein wirklich so schwieriges und sensibles Thema.

Da die **DPoIG**-Stiftung mit der Betreuung von traumatisierten,

belasteten und auch schwer erkrankten Kolleg(inn)en in eine ähnliche Richtung arbeitet, war die Brücke schnell geschlagen und es war uns eine Ehre und ein Bedürfnis, hier mit unterstützen zu können.

In einem vom Autohaus Eder Kolbermoor toll organisierten Event übernahm Claudia Ernst für das Team der **DPoIG** Unterfranken den Schwimmpart über 400 Meter in 6:39 Minuten, Thorsten Grimm den Radpart über 26,2 Kilometer Mountainbiking in 52:05 Minu-

ten und Dominik Mürb von unserem Kooperationspartner der BBBank den Laufpart über neun Kilometer in 40:25 Minuten.

In einem hochklassig besetzten Feld aus 40 Staffeln mit vielen ehemaligen und aktiven Spitzensportlern wie zum Beispiel Tobias Angerer oder Leslie Luers (aktueller deutscher U-19-Meister auf dem Mountainbike), konnte unsere Staffel einen passablen 14. Rang erreichen.

Bei der gemeinsamen Siegerehrung klang ein wahnsinnig interessanter, aber auch emotionaler Tag in Kolbermoor aus. Bei vielen guten Gesprächen mit den Verantwortlichen der Björn-Schulz-Stiftung sowie Magdalena Neuner konnten so einige Gemeinsamkeiten festgestellt werden und es wurde eine weitere engere Zusammenarbeit vereinbart.



© DPoIG Bayern (2)





© DPoIG Bayern (2)

12. Beachvolleyball-Turnier der DPoIG Unterfranken

Bereits zum 12. Mal durfte die DPoIG Unterfranken die inoffiziellen unterfränkischen Beachvolleyball-Meisterschaften austragen – das wieder an altbekannter Wirkungsstätte, dem Freibad in Karlstadt.

Bei hochsommerlichen Temperaturen mit sengender Hitze ging es auf den beiden Spielfeldern wirklich heiß her. Tapfer schlugen sich alle Teams in der Vorrunde und fanden zwi- schendurch in der schönen Freibadanlage Schatten unter den Bäumen und Auszeiten auf den Lounges. Auch ein Sprung ins kühle Nass war immer wieder mal angesagt.

Nach der Final- und der Trost- runde konnte sich die Mann- schaft der PI Oberburg 2 ge- gen alle anderen durchsetzen und durfte sich über die Sieg- prämie von 120 Euro freuen. Der zweite Platz ging an die

Wolleysportgrubbe (WSG) mit 80 Euro Prämie und den dritten Rang konnte die KPI/Z Unter- franken erringen – immerhin noch belohnt mit 50 Euro.

Aber auch die weiteren teil- nehmenden Mannschaften wurden mit diversen Preisen unserer Sponsoren und Koope- rationspartner bedacht, denen an dieser Stelle ein großes Dan- keschön gebührt. Ebenso wie dem Organisationsteam rund um Hubert Froesch, Wolfgang Remelka, Thomas Lintl, Tho- mas Kraft, Benjamin Hubka und Thorsten Grimm.

Unsere Kaffeedamen verkös- tigten die Teilnehmer sehr ger- ne mit Kaffee und leckerem Kuchen, und auch die polizeil- ichen Hausherren erwiesen uns mit EPHK Thomas Miebach (PI Karlstadt) und dem Sachge- bietsleiter E 1, PP Unterfran- ken, PD Harald Hoffmann, die Ehre. ■



DPoIG-Betreuung der Einsatzkräfte bei Großkontrolle auf der BAB A92 durch den DPoIG-Bezirksverband Niederbayern

Am Donnerstag, dem 11. Juli 2019, von 20 bis 1 Uhr, fand auf der BAB A92 eine Großkontrolle unter der Federführung der APS Wörth an der Isar statt. Bei leichtem Regen besuchten Bartholomäus Maierhofer und Hagengruber Josef die Einsatzkräfte, welche vor Ort durch die Einsatzleiterin der APS Wörth/Isar, Ingrid Woller, bestens betreut wurden. An der Kontrollstelle freuten sich alle sichtlich über den Besuch und das Interesse der DPoIG-Vertreter. Nach regen Gesprächen und Überreichung von nützlichen DPoIG-Utensilien freuten sich die beiden DPoIGler über ein nettes „Danke fürs Vobeischaun!“



> Josef Hagengruber (Zweiter von links) und Bartholomäus Maierhofer (Vierter von links)

Alleine die Überschrift „Auch Helfer brauchen Hilfe“ in der Juniausgabe des DPoIG-POLIZEISPIEGELS hatte Hans Lischke dazu veranlasst, ein Schweinchen namens „Aurelia“ zu erwerben und liebevoll zu füttern. Sein Gedanke war es, wenigstens eine Kleinigkeit von dem, dass Ruheständler heute sorglos leben lässt, an „helfende Hände – hier die Stiftung der DPoIG“ mit einem herzlichen Dankeschön zurückzugeben.

Um dieses Schweinchen auch in einer Wohlfühlumgebung aufwachsen zu lassen und es immer in sicherer Umgebung zu wissen, brachte er es natürlich in ein ihm angepasstes Gehege, in dem es sich bis jetzt ausgesprochen sicher und vor allem „sauwohl“ gefühlt hat. Unser Mitglied Hans Lischke hofft, dass es in der Umgebung, in die er es nun mit Freude gegeben hat, ebensolchen Anklang findet und mit dem Inhalt etwas Gutes bewirkt werden kann. Warum er das macht? Weil es uns gut geht und eben „Auch Helfer Hilfe brauchen“. Andere Kollegen würde sich dafür Hunderte von Kilometern abstrampeln und er hat was gebastelt, um seine Gedanken darin zu verpacken.



INFORMATION

Ein Thema, das immer wieder an uns herangetragen wird:

Wo kann ich bei Behörden mein E-Auto aufladen und was kostet das?

Es gab hierzu eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze und Dr. Markus Büchler an den Bayerischen Landtag.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass es mittlerweile bayernweit in allen größeren Städten bei verschiedenen Behörden in Summe über 150 Stromtankstellen gibt. Alle Bediensteten des Freistaates Bayern können an den Ladestationen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle ihr Fahrzeug während der Arbeitszeit kostenfrei „auftanken“.

An weiteren etwa 50 Standorten in Bayern ist die Errichtung eines Ladepunktes geplant.

Landtagsanfrage inklusive Anlagen als Download auf der Homepage.



Jahreshauptversammlung des KV Regensburg

Der Kreisverband Regensburg traf sich am Mittwoch, dem 17. Juli 2019, zu seiner Jahreshauptversammlung. Neben den Berichten standen vor allem die Ehrungen und zudem der Besuch des neuen Polizeipräsidenten in der Oberpfalz im Fokus der Veranstaltung.

Premiere für den neuen Vorsitzenden Markus Hartung, der in diesem Jahr erstmals durch die Versammlung führte und die Mitglieder und Gäste im Landgasthof Prössl in Hainsacker begrüßte. Dabei freuten sich die Zuhörer, dass der ranghöchste Polizeibeamte in der Oberpfalz, der neue Polizeipräsident Norbert Zink, die Gelegenheit nutzte, um sich vorzustellen. Er machte deutlich, dass er um die wichtige Rolle der Gewerkschaften weiß und diese schätzt.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Mike Hinrichsen



berichtete über die neuesten Entwicklungen und Wissenswertes aus erster Hand und konnte die Fragen aus der Runde fundiert beantworten. Auch der Bezirksvorsitzende Christian Kiener freute sich über die Einladung, der er gerne gefolgt war und berichtete ebenfalls

kurz über die aktuellen Geschehnisse.

Nach den Berichten des Vorsitzenden im Kreisverband und des Kassiers F. X. Michl, konnte die Zusammenkunft den gesamten Vorstand entlasten.

Neben der Freude über die gute Entwicklung der DPoIG in Bayern, waren vor allem die Ehrungen unserer Kreisverbandsmitglieder erfreulich. Beispielhaft für eine ganze Reihe zu Ehrender steht Ludwig Stegerer, der ehemalige Bezirks- und Kreisvorsitzende, der für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurde. Als Besonderheit und sicher seltene Gelegenheit durfte ein Mitglied für seine 60-jährige DPoIG-Zugehörigkeit geehrt werden. Am 1. Februar 1959 trat Josef Hartl aus Regenstauf der Gewerkschaft bei. Diese Ehrung konnte er bereits bei ihm zu Hause persönlich in Empfang nehmen.

Nach einer interessanten und informativen Jahreshauptversammlung klang der Abend mit einem gemütlichen Beisammensein aus.

Dietmar Winterberg

> Medieninfo 19. August 2019

DPoIG Bayern kritisiert „political correctness“ des bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e. V., Rainer Nachtigall, will die Medienberichterstattung über die polizeiliche Nutzung der Begriffe „Sinti“ und „Roma“ so nicht stehen lassen. Der Eindruck wird erweckt, als ob die Initiative für diese Handlungsanweisung vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration ausgehen würde. „Dem ist aber nicht so“, weiß der Gewerkschaftschef.

Der bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz führt immer wieder anlassunabhängige Kontrollen des polizeilichen Datenbestandes durch. Dies geschieht mitunter auch gezielt hinsichtlich der Verwendung der Begriffe „Sinti“ und „Roma“. Bei diesen Überprüfungen stößt der Datenschützer immer wieder auf diese Begrifflichkeiten in den Vorgangssystemen der bayerischen Polizei. In der Folge kritisiert er die Verwendung dieser

Begriffe. „Mit der internen Handlungsanweisung reagiert die bayerische Polizei also nur auf die Beanstandungen des Datenschutzbeauftragten“, so Nachtigall. „Wie sinnvoll diese Beanstandungen sind, ist eine andere Frage. Schließlich bezeichnet sich der ‚Zentralrat Deutscher Sinti und Roma‘ selbst so.“

Eine Diskriminierung von Angehörigen dieser Gruppen, durch die polizeiliche Verwendung dieser Begriffe in der polizeilichen Sachbearbeitung, kann Nachtigall nicht erkennen. Überhaupt muss niemand Angst haben, dass in polizeilichen Sachverhalten wahllos mit diskriminierenden Begrifflichkeiten um sich geworfen wird. Im Gegenteil. Aber: Wenn für das Verständnis einer Tat oder für Rückschlüsse auf einen möglichen Täter entsprechende Begrifflichkeiten notwendig sind, sollten diese auch weiterhin, zum Beispiel für interne Fahndungszwecke verwendet werden dürfen“, so Nachtigall.

Durch die eh schon vorhandene, hohe Sensibilisierung in der Herkunftsbezeichnung von Menschen, wird die polizeiliche Arbeit nicht leichter. Die Entscheidung, wann die Herkunft für die polizeiliche Sachbearbeitung notwendig beziehungsweise erforderlich ist, ist nicht immer einfach. „Der Grat zwischen dem Vorwurf der Diskriminierung und dem, dass die Polizei Medien beziehungsweise die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert, ist oft sehr schmal.“ Die Polizei wird wohl auch in Zukunft mit diesen Beanstandungen leben müssen. Es liegt in der Natur der Sache, dass Dritte, in einer nachträglichen Überprüfung von Eintragungen, die Verwendung derartiger Begriffe anders bewerten als die Kolleginnen und Kollegen sie in der Sachbearbeitung getroffen haben. „Allerdings darf es nicht so weit führen, dass die polizeiliche Arbeit durch die Suche nach den politisch korrekten Bezeichnungen beeinträchtigt wird,“ so der DPoIG-Landesvorsitzende abschließend.